

Auf dem rechten Auge blind

Es riecht nach Vertuschung. Die Aufklärung der Nazi-Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und ihres Unterstützer-Netzwerks soll in eine vierköpfige Bund-Länder-Kommission abgeschoben werden, die hinter verschlossenen Türen tagt. DIE LINKE lehnt das ab und fordert stattdessen auf Bundesebene einen Untersuchungsausschuss des Bundestages und in Thüringen eine transparente Aufklärung in der eingesetzten „Schäfer-Kommission“ sowie im Parlament, bei der auch das komplette Versagen der Sicherheitsbehörden und die mögliche Verstrickung staatlicher Stellen mit dem Neonazi-Netzwerk aufgeklärt werden müssen. 13 Jahre war es einer Gruppe von polizeibekanntem und per Haftbefehl gesuchten Neonazis möglich, problemlos abzutauchen, Waffen zu horten und aus dem Untergrund schwerste Straftaten zu begehen. Mindestens zehn Morde, 14 Banküberfälle und möglicherweise mehrere Bombenanschläge sollen auf ihr Konto gehen. Verdächtige konnten nie gefunden und eine Festnahme der seit 1998 wegen Bombenbau gesuchten Gruppe war angeblich nie möglich, obwohl Polizei und Verfassungsschutz ihnen auf den Fersen waren. Ein vollständiges Versagen der Behörden ist festzustellen, Mitwisserschaft durch staatliche Stellen scheint nicht mehr undenkbar.

In Thüringen hatte Ministerpräsidentin Lieberknecht (CDU) eine vollständige und transparente Aufklärung versprochen und eine unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt. Doch inzwischen kommen Zweifel auf, ob Bundesregierung und Länder, Justiz und die Inlandsgeheimdienste genug tun. Opposition, Journalisten und einzelne Abgeordnete aus den Regierungsfraktionen fordern vehement ein Ende des Schweigens des Staates und mehr öffentliche Informationen.

Im Thüringer Landtag hat die PDS/DIE LINKE seit 1990 kontinuierlich rechte Gewalt, Rassismus und die Bedrohung durch Neonazis auf die Tagesordnung gesetzt. Zahlreiche Anfragen brachten aber immer wieder Informationen ans Licht, die von Regierung, Justiz und Geheimdiensten lieber verschwiegen worden wären. Es wurden Fragen nach Waffen, nach rechter Gewalt und Terror-Strukturen in der Thüringer Neonazi-Szene gestellt - auch nach den untergetauchten Neonazis aus Jena. Immer wieder wurde skandalisiert, wenn staatliche Stellen das rechte Auge zudrückten, Verschweigen und Verharmlosen zur Strategie der Landesregierung wurde. Die Deuschtümelei der CDU und ihre ständigen Flirts mit der „Neuen Rechten“ wurden ebenso kritisiert wie ihre Liebe zur unwissenschaftlichen Extremismus-Theorie, die „Links“ und „Rechts“ in einen Topf wirft. Die Reaktion der Landesregierung und vor allem der CDU waren scharfe Angriffe auf diejenigen, durch die sie selbst in die Verantwortung genommen wurden. Befriedigende Antworten auf parlamentarisch gestellte Fragen gab es fast nie.

Unterdessen kommen immer mehr Fakten über ein bestehendes rechtsterroristisches Netzwerk ans Licht. Ehemalige und heutige Funktionäre der NPD sollen als Unterstützer der Terror-Gruppe aktiv gewesen sein. Ein NPD-Verbot

wäre ein erster Schritt, um den braunen Sumpf trocken zu legen. Doch es beseitigt nicht den in der Gesellschaft verbreiteten Rassismus, Neonazismus oder Antisemitismus.

DIE LINKE im Thüringer Landtag fordert deshalb:

- ein konsequentes Vorgehen gegen Rechts durch die Zuständigen,
- die Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens,
- die Unterstützung für antifaschistische und demokratische Initiativen gegen Rechts und ein Ende der politischen Kriminalisierung dieser Initiativen,
- die Aufnahme eine Antifaschismus-Klausel in die Landesverfassung,
- ein Ende der rassistischen Behandlung von MigrantInnen in Thüringen,
- den sofortigen Umbau des durch die CDU verwässerten „Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ zu einem „Landesprogramm gegen Rechts“, das seinen Namen verdient,
- die Rücknahme der sogenannten „Extremismus-Klausel“, die Projekte gegen Rechts in ihrer Arbeit behindert und unter einen Generalverdacht stellt.

In den aktuellen Haushaltsberatungen im Thüringer Landtag hat DIE LINKE die sofortige Streichung der geheimdienstlichen Befugnisse für das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, die Streichung der Mittel für V-Leute und die Abschaffung des Amtes und Umwandlung in eine öffentlich und vor allem transparent arbeitende Dokumentations- und Informationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie bis Sommer 2012 beantragt.

Eine freie und demokratische Gesellschaft braucht keine Geheimdienste und keine bezahlten staatliche Spitzel in der Neonaziszene. Verfassungsschutz abschalten! NPD und Neonazistrukturen verbieten!

Mehr Information unter www.die-linke-thl.de

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1; 99096 Erfurt
Telefon: 0361 3772295; Telefax: 0361 3772416
E-Mail: fraktion@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de
V. i. S. d. P.: Olaf Weichler